

Fragen zu den Kanzleidiensten

1. Welche der nachstehenden Aufgaben ist eine typische Aufgabe der Gerichtskanzlei?

- A) Die Abfassung der Urteile
- B) Die Verwahrung und Führung der Register der Gerichtsakten
- C) Die Anberaumung der Verhandlungen
- D) Die Übernahme der Verteidigung der Parteien

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Kanzlei befasst sich nicht mit dem Inhalt der Entscheidungen (das ist Aufgabe der Richter), sondern führt Register und Prozessakten und sorgt für deren Verwahrung.

2. Bis wann müssen die Prozessakten abgeschlossener Gerichtsverfahren in die Staatsarchive übertragen werden?

- A) Nach mindestens zehn Jahren
- B) Nach zwanzig Jahren ab dem Abschluss des Verfahrens
- C) Nur wenn dies vom Justizministerium angefordert wird
- D) Nach mindestens vierzig Jahren ab dem Abschluss des Verfahrens

Richtige Antwort: D

Erklärung: Die Gerichtsakten müssen nach Ablauf von vierzig Jahren ab dem Abschluss des Geschäftsvorgangs ins Staatsarchiv übertragen werden, wobei Nachschlageinstrumente und Protokollindexe beizulegen sind.

3. Wofür wird das SICID-Register verwendet?

- A) Zivilverfahren
- B) Strafverfahren
- C) Vollstreckungsverfahren betreffend unbewegliche Sachen
- D) Externe Zustellungen

Richtige Antwort: A

Erklärung: Das SICID-System (= „Sistema Informatico Contenzioso Civile Distrettuale“) wird für die Verwaltung der Zivilverfahren verwendet.

4. Welche Rechtsbestimmung regelt den Einheitsbeitrag im Zivilverfahren und im verwaltungsrechtlichen Verfahren?

- A) Die Zivilprozessordnung
- B) Das DPR Nr. 115/2002
- C) Das Zivilgesetzbuch
- D) Das DPR Nr. 602/1973

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das DPR Nr. 115/2002 (Einheitstext Gerichtsspesen) regelt den Einheitsbeitrag.

5. Wer unterzeichnet als erster das vom Kanzleibeamten abgefassste Verhandlungsprotokoll?

- A) Der Kanzleibeamte
- B) Der Präsident des Richterkollegiums bzw. der Richter
- C) Der Staatsanwalt
- D) Der älteste Rechtsanwalt

Richtige Antwort: A

Erklärung: Das Verhandlungsprotokoll wird zuerst vom Kanzleibeamten unterzeichnet und dann vom Richter gegengezeichnet.

6. Wer ist für die Zustellung der Kanzleiakte zuständig?

- A) Der Richter
- B) Die Kanzlei
- C) Der Verteidiger
- D) Die Partei selbst

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Kanzlei ist für die Zustellungen und die Mitteilungen von Amts wegen zuständig.

7. Im Zivilverfahren gelten die von der Kanzlei mit zertifizierter E-Mail (PEC) vorgenommenen Zustellungen als gültig,

- A) nur wenn sie vom Empfänger gelesen werden.
- B) nachdem sie im zertifizierten E-Mail-Postfach des Empfängers eingegangen sind.
- C) nachdem 10 Tage ab der Versendung verstrichen sind.
- D) nur wenn sie vom Richter bestätigt werden.

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Zustellung mittels zertifizierter E-Mail (PEC) gilt mit der Abgabe im E-Mail-Postfach des Empfängers als rechtsgültig erfolgt.

8. Welche Dokumente und Unterlagen werden von der Kanzlei im Strafprozess aufbewahrt?

- A) Nur die Urteile
- B) Die Akten der Hauptverhandlung und die gerichtlichen Verfügungen
- C) Die Plädoyer der Rechtsanwälte
- D) Die im Verhandlungssaal vorgebrachten mündlichen Beweise

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Strafkanzlei ist für die Verwahrung der Prozessakten und der gerichtlichen Verfügungen zuständig.

9. Welche der nachstehenden Aufgaben obliegt dem Kanzleibeamten während der Verhandlung?

- A) Die Verhandlung führen
- B) Das Protokoll abfassen und aufbewahren
- C) Das Urteil aussprechen
- D) Die Parteien verteidigen, die keinen eigenen Rechtsanwalt haben

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Kanzleibeamte hält die Vorgänge der Verhandlung im Protokoll fest.

10. Wozu dient das „Portale dei Servizi Telematici - PST“ (Portal für telematische Dienste)?

- A) Es ermöglicht nur den Richtern Zugriff auf die Akten.
- B) Es ermöglicht Parteien und Verteidigern telematischen Zugriff auf die Akten.
- C) Es wird nur vom Justizministerium verwendet.
- D) Es handelt sich um ein System zur Abfassung von Urteilen.

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das PST ist das offizielle Portal für die telematische Hinterlegung der Akten und die telematische Akteneinsicht.

11. Wer sorgt für die Archivierung der Akten, wenn der Prozess abgeschlossen ist?

- A) Der Richter
- B) Die Kanzlei
- C) Die Staatsadvokatur
- D) Das Innenministerium

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Kanzlei führt die Akten auch nach dem Abschluss des Prozesses und sorgt für deren Archivierung.

12. Wie werden heutzutage die Mitteilungen der Kanzlei im Zivilverfahren vorwiegend übermittelt?

- A) Mittels Telegramm
- B) Per Fax
- C) Mittels zertifizierter elektronischer Post (PEC)
- D) Per Einschreiben

Richtige Antwort: C

Erklärung: Die zertifizierte elektronische Post ist das ordentliche Mittel der Aktenmitteilung.

13. Was ist die Folge, wenn auf dem Beschlagnahmeprotokoll die Unterschrift der Vollzugsbeamten fehlt?

- A) Annullierbarkeit
- B) Nichtigkeit
- C) Unzulässigkeit
- D) behebbare Unregelmäßigkeit

Richtige Antwort: B

Erklärung: Laut Art. 142 StPO bewirkt das Fehlen der Unterschrift des Protokollführers auf dem Beschlagnahmeprotokoll dessen absolute Nichtigkeit.

14. Was ist die Hauptaufgabe des Kanzleileiters (Amtsleiters)?

- A) Er entscheidet über die in seine Zuständigkeit fallenden Rechtsstreitigkeiten.
- B) Er führt die Oberaufsicht über das Kanzleipersonal und die ordnungsgemäße Führung der Akten.
- C) Er beraumt die Verhandlungen an.
- D) Er stellt Baugenehmigungen aus.

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Kanzleileiter hat organisatorische Aufgaben und interne Kontrollaufgaben.

15. Binnen welcher Frist muss der Staatsanwalt eine von der Gerichtspolizei ohne vorherige Ermächtigung durchgeführte Beschlagnahme bestätigen?

- A) Binnen 24 Stunden
- B) Binnen 10 Tagen
- C) Binnen 48 Stunden
- D) Binnen 7 Tagen

Richtige Antwort: C

Erklärung: Der Staatsanwalt hat binnen 48 Stunden nach Erhalt des Beschlagnahmeprotokolls mit begründetem Dekret das Protokoll zu bestätigen, sofern die Voraussetzungen dafür vorliegen, oder die Rückerstattung der beschlagnahmten Sachen anzurufen. (Art. 355 StPO)

16. Wer ist im Rahmen des Strafprozesses für die Führung des Ermittlungsregisters („registro degli indagati“) zuständig?

- A) Die Kanzlei des Landesgerichts
- B) Das Sekretariat der Staatsanwaltschaft
- C) Der Kassationsgerichtshof
- D) Das Justizministerium

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Staatsanwaltschaft führt das Register der Straftatenanzeigen und der Beschuldigten.

17. Von wem werden die mit dem Original übereinstimmenden Abschriften ausgestellt?

- A) Vom Richter
- B) Von der Kanzlei
- C) Vom Amtsverteidiger
- D) Vom Rechtsanwalt der Partei

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Kanzlei bestätigt die Übereinstimmung einer Abschrift mit den Originaldokumenten.

18. Wozu dient die Eintragung einer Verfügung ins Kanzleiregister?

- A) Sie macht die Verfügung inexistent.
- B) Sie verleiht der Verfügung Rechtswirksamkeit.
- C) Sie ermöglicht die Bekanntmachung und Rückverfolgbarkeit der Verfügung.
- D) Sie ersetzt die Begründung der Verfügung durch das Gericht.

Richtige Antwort: C

Erklärung: Die Eintragung ins Register gewährleistet Sicherheit und Transparenz der Prozessakten.

19. Welches der nachstehenden Softwaresysteme wird zur Verwaltung von Konkursverfahren verwendet?

- A) SICID
- B) SICP
- C) SIECIC
- D) „Consolle del magistrato“

Richtige Antwort: C

Erklärung: Durch das Softwaresystem SIECIC werden Zivilvollstreckungen und Konkursverfahren verwaltet.

20. Welcher Vordruck wird für die Mitteilung an den Einheitsfonds der Justiz (FUG - Fondo Unico di Giustizia) der im Rahmen von Strafverfahren beschlagnahmen Beträge verwendet?

- A) Vordr. A
- B) Vordr. C
- C) Vordr. F
- D) Vordr. B

Richtige Antwort: A

Erklärung: Der Vordr. A dient zur Mitteilung an Equitalia Giustizia der im Rahmen von Strafverfahren und Vorsorgeverfahren beschlagnahmten Beträge und aus beschlagnahmten Sachen erwachsenden Einnahmen.

21. Wer ist im Zivilverfahren für die Mitteilungen an die Parteien zuständig?

- A) Der Instruktionsrichter
- B) Die Kanzlei
- C) Der Verteidiger
- D) Der Kanzleileiter

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Kanzlei muss den Parteien die gerichtlichen Verfügungen mittels offizieller Mitteilungen übermitteln.

22. Was ist das SICP?

- A) Ein Papierregister der Zivilvollstreckungen
- B) Ein IT-System für die Strafverfahren
- C) Eine Software zur Führung des Verwaltungsprotokolls
- D) Ein Kanzleiregister, das das Personal betrifft

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das SICP (Sistema informativo della cognizione penale – Strafrechtliches Informationssystem) ist das IT-System zur Verwaltung der Strafverfahren.

23. Wem wird die beglaubigte Abschrift einer Verfahrensschrift ausgestellt?

- A) Nur dem Richter
- B) Jedem, der Anrecht darauf hat und einen diesbezüglichen Antrag stellt
- C) Nur den Rechtsanwälten
- D) Einzig und allein dem Staatsanwalt

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Kanzlei stellt jeder berechtigten Person, nicht nur den Prozessparteien, beglaubigte Abschriften aus.

24. In welchem Teil des Urteils ist die Entscheidung des Gerichts enthalten?

- A) In der Begründung
- B) In der Überschrift
- C) In der Einleitung
- D) Im Urteilsspruch

Richtige Antwort: D

Erklärung: Der Urteilsspruch enthält den Tenor des Urteils, d. h. die Entscheidung des Gerichts zur Rechtsstreitigkeit.

25. An welche Stelle sind beschlagnahmte Sprengstoffe nach Durchführung des Gutachtens zu übergeben?

- A) An die Direzione investigativa antimafia / Antimafia-Ermittlungsdirektion
- B) An das Istituto Superiore di Sanità / Höheres Institut für Gesundheitswesen
- C) An die Artilleriedirektion
- D) An die Asservatenkammer des Landesgerichts

Richtige Antwort: C

Erklärung: Laut den spezifischen Bestimmungen in Sachen Sprengstoffe sind diese nach Durchführung des Gutachtens an die Artilleriedirektion zur Vernichtung zu übergeben. Antwort D ist falsch: Sprengstoffe sind gefährlich und dürfen daher nicht bei der Gerichtskanzlei gelagert werden. Die Antworten A und B sind nicht einschlägig.

26. Wenn eine Zustellung direkt beim Empfänger erfolgt, ist sie auch dann gültig, wenn...

- A) der Adressat sich weigert, die Empfangsbestätigung zu unterschreiben, das Schriftstück jedoch in Empfang nimmt.
- B) das Schriftstück einem minderjährigen Nachbar übergeben wird.
- C) der Gerichtsvollzieher das Schriftstück ohne Benachrichtigung hinterlässt.
- D) das Schriftstück nur im digitalen Format zugestellt wird.

Richtige Antwort: A

Erklärung: Die Zustellung ist auch dann gültig, wenn der Adressat sich weigert, die Empfangsbestätigung zu unterschreiben, das Schriftstück jedoch in Empfang nimmt. Die anderen Antworten sind falsch: eine minderjährige Person kann Schriftstücke nicht in Empfang nehmen; eine Zustellung ohne Benachrichtigung ist ungültig; die digitale Zustellung ist nur dann gültig, wenn sie an ein gesetzeskonformes digitales Domizil erfolgt.

27. Binnen welcher Frist muss die Kanzlei die Vollstreckungsanordnung für den Staatsanwalt übermitteln?

- A) Binnen drei Tagen nach dem Tag, an dem die Maßnahme vollstreckbar wird
- B) Binnen zehn Tagen nach dem Tag, an dem die Maßnahme vollstreckbar wird
- C) Binnen fünf Tagen nach dem Tag, an dem die Maßnahme vollstreckbar wird
- D) An dem Tag, der auf jenen folgt, an dem die Maßnahme vollstreckbar wird

Richtige Antwort: C

Erklärung: Die vollstreckbare Ausfertigung einer Maßnahme muss dem Staatsanwalt unverzüglich und jedenfalls binnen fünf Tagen übermittelt werden. Die Frist ist wesentlich, um den rechtzeitigen Beginn der Vollstreckung zu gewährleisten.

28. Was wird in das Register der anhängigen Strafverfahren eingetragen?

- A) Die Verfügungen, die mit der Versetzung einer Person in den Anklagestand zusammenhängen
- B) Nur die auf Verurteilung lautenden Urteile
- C) Die anhängigen Zivilverfahren
- D) Die noch anhängigen Verwaltungsreklame

Richtige Antwort: A

Erklärung: In das Register der anhängigen Strafverfahren werden ausschließlich die gerichtlichen Verfügungen eingetragen, aus denen hervorgeht, dass eine Person in den Anklagestand versetzt wurde. Das unterscheidet es vom Strafregerister, das sich auf die endgültigen Verfügungen bezieht.

29. Im telematischen Zivilprozess (PCT)...

- A) können nur Schriftstücke in Papierform hinterlegt werden.
- B) können die Schriftstücke telematisch hinterlegt, eingesehen und mitgeteilt werden.
- C) können nur die gerichtlichen Zustellungen vorgenommen werden.
- D) erfolgt die Archivierung ausschließlich manuell.

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der PCT ist die amtliche telematische Plattform für den Zivilprozess

30. Wer beglaubigt die Abschriften der Strafurteile?

- A) Der Richter
- B) Der Kanzleibeamte der Abteilung für Strafsachen
- C) Der Staatsanwalt
- D) Der Verteidiger

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Beglaubigung gehört zu den Aufgaben der Strafkanzlei.

31. Welches Register ist typisch für die Zivilkanzlei?

- A) Register für die Nachrichten über strafbare Handlungen
- B) SICID
- C) Häftlingsregister
- D) SICP

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das SICID-Register betrifft die Zivilverfahren.

32. Wer ist berechtigt, einen Strafregisterauszug zu erhalten, ohne seinen Antrag begründen zu müssen?

- A) Die betroffene Person
- B) Der Verteidiger der angeklagten Person
- C) Nur die Gerichtsbehörde
- D) Der Arbeitgeber

Richtige Antwort: A

Erklärung: Das Recht der betroffenen Person einen Strafregisterauszug (ebenso wie die Bescheinigung über anhängige Strafverfahren) zu erhalten, ohne dass sie den Antrag begründen muss, ist ausdrücklich in den einschlägigen Bestimmungen vorgesehen. Dieses Recht gilt auch für die betroffene Körperschaft bei Verwaltungseintragungen. Die Antworten B und C beziehen sich auf Rechtssubjekte, die im Rahmen von Gerichtsverfahren und mit anderen Modalitäten auf das Strafregister zugreifen, während die Antwort D nur für die im Art. 25-bis des einschlägigen Einheitstextes vorgesehenen Fälle zutrifft.

33. Wer hat den Einheitsbeitrag einzuheben?

- A) Der Rechtsanwalt
- B) Die Kanzlei
- C) Der Richter
- D) Der Staatsanwalt

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Kanzlei überprüft die Zahlung des Einheitsbeitrags und hebt den entsprechenden Betrag ein.

34. Was versteht man unter „elektronische Akte“?

- A) Das gedruckte Exemplar der Amtsakte
- B) Die Gesamtheit der telematisch hinterlegten Verfahrensschriften
- C) Die beim Kassationsgerichtshof verwahrte Akte
- D) Das Register der Strafakten

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die elektronische Akte enthält alle telematischen Schriftstücke, auf die über das Portal PST zugegriffen werden kann.

35. Wer fasst im Strafprozess das Verhandlungsprotokoll ab?

- A) Der Richter
- B) Der Kanzleibeamte
- C) Der Staatsanwalt
- D) Der Gerichtsvollzieher

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Kanzleibeamte nimmt unter der Leitung des Richters das Protokoll über den Verlauf der Verhandlung auf.

36. Nach welcher Frist werden Eintragungen im Strafregister gelöscht?

- A) Nach Ablauf von 10 Jahren ab Erlass der Verfügung
- B) Nach Ablauf von 5 Jahren ab der Verurteilung
- C) Nach Ablauf von 15 Jahren ab dem Tod der betroffenen Person oder von 100 Jahren ab ihrer Geburt
- D) Nach Ablauf von 30 Jahren ab der Eintragung der Verfügung

Richtige Antwort: C

Erklärung: Die Eintragungen ins Strafregister werden nach Ablauf von 15 Jahren ab dem Tod der betroffenen Person oder in jedem Fall nach Ablauf von 100 Jahren ab ihrer Geburt automatisch gelöscht. Diese Bestimmung gewährleistet eine Höchstdauer der Datenaufbewahrung.

37. An welche Stelle sind gefälschte Beweismittel, wie Banknoten oder Münzen zu übermitteln?

- A) An die Agentur für Einnahmen
- B) An die Banca d'Italia oder an das Provinziale Schatzamt des Staates
- C) An die Asservatenkammer
- D) An das Zentrale Staatsarchiv

Richtige Antwort: B

Erklärung: Nach der endgültigen Einziehung müssen diese Sachen je nach deren Art an die zuständige Filiale der Banca d'Italia oder an das Provinziale Schatzamt des Staates übermittelt werden. Die Kanzlei des Gerichts, das die Verfügung erlassen hat, ist für die Übermittlung verantwortlich.

38. Was ist der Unterschied zwischen einer einfachen und einer beglaubigten Abschrift eines Schriftstücks?

- A) Die einfache Abschrift ist mit dem Original identisch.
- B) Bei der beglaubigten Abschrift wird die Übereinstimmung mit dem Original von der Kanzlei bestätigt.
- C) Die einfache Abschrift kann im Rahmen des Prozesses verwendet werden.
- D) Es besteht kein Unterschied.

Richtige Antwort: B

Erklärung: Nur die beglaubigten Abschrift hat dieselbe rechtliche Gültigkeit wie das Original.

39. Welcher Vordruck muss vom Gerichtsamt verwendet werden, um Equitalia Giustizia die Rückzahlung eines Betrags an die an anspruchsberechtigte Person mitzuteilen?

- A) Vordr. D
- B) Vordr. C
- C) Vordr. G
- D) Vordr. E

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Vordr. C dient zur Mitteilung an Equitalia Giustizia der Verfügung betreffend die Rückzahlung des Betrags an die anspruchsberechtigte Person und enthält alle für den Abschluss des Verfahrens erforderlichen Daten.

40. Wann ist die telematische Aktenhinterlegung obligatorisch?

- A) Nur im Strafprozess
- B) In fast allen Zivilverfahren
- C) Nur vor dem Kassationsgerichtshof
- D) Ausschließlich bei Immobiliarvollstreckungen

Richtige Antwort: B

Erklärung: Infolge der Einführung des telematischen Zivilprozesses (PCT) ist die telematische Aktenhinterlegung für den Großteil der Zivilverfahren obligatorisch.

41. Welches Dokument muss eine Person in der Kanzlei hinterlegen, um sich in ein Zivilverfahren einzulassen?

- A) Die Leistungsaufforderung
- B) Der Einlassungsschriftsatz samt Klagebeantwortung
- C) Die notarielle Vollmacht
- D) Das Urteil

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die beklagte Partei lässt sich in das Verfahren ein, indem sie den Einlassungsschriftsatz samt Klagebeantwortung in der Kanzlei hinterlegt.

42. Von wem werden die Bescheinigungen über anhängige Zivilverfahren ausgestellt?

- A) Vom Richter
- B) Von der Kanzlei
- C) Vom Staatsanwalt
- D) Vom Innenministerium

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Bescheinigungen über den Stand und die Anhängigkeit von Verfahren werden von der Kanzlei ausgestellt.

43. Wer wird in der Regel mit dem Transport von Beweisstücken betraut?

- A) Gerichtsvollzieher
- B) Verteidiger der Parteien
- C) Militärpersonal
- D) Bedienstete der Agentur für Zoll

Richtige Antwort: C

Erklärung: Mit dem Transport von Beweisstücken wird Militärpersonal betraut und die Kosten gehen zu Lasten der Zugehörigkeitsverwaltung, wie in den einschlägigen Bestimmungen vorgesehen.

44. Wer ist im Strafprozess für die Mitteilung der gerichtlichen Verfügungen an die Parteien zuständig?

- A) Das Sekretariat der Staatsanwaltschaft
- B) Die Kanzlei des mit dem Verfahren befassten Gerichts
- C) Der Verteidiger
- D) Der Gerichtsvollzieher

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Kanzlei des Gerichts teilt den betroffenen Parteien die vom Gericht erlassenen Verfügungen mit.

45. Welches Gerichtsamt unterstützt die anklagende Richterschaft?

- A) Die Kanzlei
- B) Das Sekretariat der Staatsanwaltschaft
- C) Der Kassationsgerichtshof
- D) Das Überprüfungsgericht

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das Sekretariat der Staatsanwaltschaft unterstützt die Staatsanwaltschaft und die Generalstaatsanwaltschaft. Die Kanzlei hingegen ist bei der rechtsprechenden Gerichtsbarkeit eingerichtet.

46. Wer ist mit der konkreten Verwaltung des Einheitsfonds der Justiz betraut?

- A) Das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen
- B) Der Rechnungshof
- C) Equitalia Giustizia S.p.A.
- D) Der Oberste Rat für das Gerichtswesen

Richtige Antwort: C

Erklärung: Mit der Verwaltung des Einheitsfonds der Justiz ist Equitalia Giustizia S.p.A. betraut. Das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen verwaltet den Fonds nicht direkt; der Rechnungshof ist kein operatives Verwaltungsorgan, sondern eventuell ein Kontrollorgan; der Oberste Rat für das Gerichtswesen ist nicht für die Verwaltung des Einheitsfonds der Justiz zuständig.

47. Wer überprüft, ob der Einheitsbeitrag korrekt eingezahlt wurde?

- A) Der Richter
- B) Die Kanzlei
- C) Die Staatsadvokatur
- D) Das Justizministerium

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Kanzlei muss die erfolgte Einzahlung des Einheitsbeitrags überprüfen.

48. Wer kann im telematischen Zivilprozess die Übereinstimmung eines Auszugs aus der elektronischen Akte mit dem Original bestätigen?

- A) Der Richter
- B) Der Kanzleibeamte
- C) Auch der Rechtsanwalt der Partei, sofern er dazu befugt ist
- D) Nur das Justizministerium

Richtige Antwort: C

Erklärung: Laut dem Kodex der digitalen Verwaltung (CAD) und den Bestimmungen über den telematischen Zivilprozess können die Rechtsanwälte die Übereinstimmung der telematischen Auszüge mit dem Original bestätigen.

49. Was ist das Strafregisteramt?

- A) Ein Amt des Landesgerichts
- B) Ein Amt der Staatsanwaltschaft beim Landesgericht
- C) Ein Amt der Generalstaatsanwaltschaft
- D) Ein Amt des Oberlandesgerichts

Richtige Antwort: B

Erklärung Das Strafregisteramt ist dafür zuständig, den Auszug bestimmter Verfügungen straf-, zivil- oder verwaltungsrechtlicher Natur zu sammeln und zu verwahren sowie Bescheinigungen über die rechtliche Stellung und die Fähigkeit von Rechtssubjekten auszustellen.

50. Wer ist für die Ausstellung der Bescheinigung über die Rechtskraft eines Urteils zuständig?

- A) Der Richter
- B) Die Kanzlei
- C) Die Staatsanwaltschaft
- D) Der Rechtsanwalt

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Kanzlei bescheinigt die Rechtskraft eines Urteils, nachdem sie festgestellt hat, dass keine Rechtsmittelverfahren anhängig sind.

51. Wo wird im Strafprozess die „Akte der Staatsanwaltschaft“ verwahrt?

- A) Bei der Kanzlei
- B) Beim Sekretariat der Staatsanwaltschaft
- C) Beim Richter
- D) Bei der Staatsadvokatur

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Akte der Staatsanwaltschaft verbleibt beim Sekretariat der Staatsanwaltschaft und wird getrennt von der Akte des Richters verwahrt.

52. Welche der nachstehenden Personen oder Körperschaften sind Mitglied der Aufsichtskommission für die Justizarchive?

- A) Der Direktor der Agentur für Einnahmen
- B) Der Präsident des Landesgerichts
- C) Die Datenschutzbehörde
- D) Ein vom Präfekten namhaft gemachter Vertreter des Innenministeriums

Richtige Antwort: D

Erklärung: Die Aufsichtskommission ist ein gemischtes Gremium, dem u. a. ein vom Präfekten namhaft gemachter Vertreter des Innenministeriums angehört, der eine Schlüsselfunktion im Hinblick auf den Datenschutz übernimmt. Der Präsident des Landesgerichts ernennt die Kommission, gehört dieser aber nicht an; die Datenschutzbehörde ist eine unabhängige Behörde und gehört nicht der Kommission an; die Agentur für Einnahmen ist in Sachen Justizarchive nicht zuständig.

53. Wann ist die Zahlung der Verwahrungskosten für die Rückgabe der beschlagnahmten Sachen ausgeschlossen?

- A) Wenn das anspruchsberechtigte Subjekt eine öffentliche Körperschaft ist.
- B) Wenn der Anspruchsberechtigte der Dritteigentümer ist und das Verfahren mit einer Archivierung abgeschlossen wird.
- C) Wenn die Beschlagnahme vom Richter für die Vorerhebungen verfügt wurde.
- D) Wenn die Sache bei der Artilleriedirektion verwahrt wird

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Rückgabe beschlagnahmter Sachen ist kostenfrei, wenn das Verfahren mit Archivierung, Freispruch oder Freispruch in der Sache abgeschlossen wird bzw. wenn der Anspruchsberechtigte ein Dritter ist. In den anderen Fällen ist die Rückgabe nicht automatisch kostenfrei.

54. Welcher Akt muss im Zivilverfahren von der Kanzlei mitgeteilt werden?

- A) Die Klageschrift
- B) Die Verfügungen des Gerichts (z. B. die Beschlüsse)
- C) Die Klagebeantwortung
- D) Die Prozessvollmacht

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Kanzlei teilt die gerichtlichen Verfügungen von Amts wegen mit.

55. Was soll anhand der vom Arbeitgeber beantragten strafrechtlichen Bescheinigung überprüft werden?

- A) Die berufliche Eignung der sich bewerbenden Person
- B) Das Vorhandensein von Verurteilungen wegen Finanzstraftaten
- C) Das Vorhandensein von Verurteilungen wegen Sexualstraftaten an Minderjährigen
- D) Die Bildungsabschlüsse der sich bewerbenden Person

Richtige Antwort: C

Erklärung: Gemäß Art. 25-bis des Einheitstextes über das Strafregister muss ein Arbeitgeber, der einen Arbeitnehmer in Tätigkeiten einzusetzen beabsichtigt, die den regelmäßigen Kontakt mit Minderjährigen vorsehen, eine strafrechtliche Bescheinigung beantragen, um das eventuelle Vorliegen von Verurteilungen wegen Straftaten laut Art. 600-bis ff. und Art. 609-undecies StGB – d. h. Sexualstraftaten an Minderjährigen – zu überprüfen.

56. Wer verfügt die „Neuzustellung“ eines gerichtlichen Aktes?

- A) Die Kanzlei
- B) Die Gerichtsbehörde
- C) Der Gerichtsvollzieher auf eigene Initiative
- D) Der Verteidiger der Partei

Richtige Antwort: B

Erläuterung: Das Gericht verfügt die Neuzustellung eines Aktes, die Kanzlei sorgt für deren Ausführung.

57. Das „Verhandlungsprotokoll“ ist...

- A) eine interne Urkunde ohne Beweiskraft
- B) eine öffentliche Urkunde, die bis zur Fälschungsklage besondere Beweiskraft hat
- C) ein privates Schriftstück
- D) eine informelle Notiz des Richters

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das Verhandlungsprotokoll ist eine vom Kanzleibeamten abgefasste öffentliche Urkunde, die bis zur Fälschungsklage volle Beweiskraft hat.

58. Was ist bei strafrechtlichen Zustellungen als gültiges Domizil zu betrachten, auch wenn es nicht in öffentlichen Verzeichnissen aufscheint?

- A) Eine im Protokoll mitgeteilte zertifizierte E-Mail-Adresse (PEC), auch wenn sie nicht in öffentlichen Verzeichnissen aufscheint.
- B) Eine einfache persönliche E-Mail-Adresse
- C) Eine zertifizierte Social-Media-Adresse
- D) Eine Mobiltelefonnummer

Richtige Antwort: A

Erklärung: Laut dem neuen Art. 161 StPO kann der Angeklagte eine zertifizierte E-Mail-Adresse (PEC) als Domizil erklären, auch wenn sie nicht in öffentlichen Verzeichnissen erfasst ist. Das stellt eine bedeutende Neuerung gegenüber der vorher geltenden Regelung dar; laut der eine zertifizierte E-Mail-Adresse nur dann als gültiges Domizil für gerichtliche Zustellungen betrachtet werden konnte, wenn sie in den Verzeichnissen IPA, INIPEC oder INAD enthalten war. Die unter A), C und D) angeführten Anschriften sind keine gültigen Domizile für Zustellungen.

59. Wann gilt die telematische Mitteilung einer Verfügung mittels zertifizierter E-Mail (PEC) seitens der Kanzlei als erfolgt?

- A) Wenn der Adressat die Mitteilung erhält
- B) Wenn die Mitteilung vom IT-System angenommen wird
- C) Wenn die Mitteilung im zertifizierten E-Mail-Postfach des Adressaten eingegangen ist.
- D) Wenn der Verteidiger die Mitteilung effektiv gelesen hat.

Richtige Antwort: C

Erklärung: Die Mitteilung gilt mit dem Eingang im zertifizierten E-Mail-Postfach des Adressaten als erfolgt.

60. Wer führt das Register der Gerichtskosten?

- A) Der Richter
- B) Die Kanzlei
- C) Das Oberlandesgericht
- D) Das Wirtschaftsministerium

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Kanzlei führt die Register der Gerichtskosten und die diesbezügliche Rechnungslegung.

61. Welche der nachstehenden Funktionen ist ein wesentliches Element des „Sistema Informativo del Casellario“ (SIC)?

- A) Die Authentifizierung mittels SPID
- B) Die Identifizierung und Registrierung der Benutzer
- C) Die direkte Verbindung zu den Datenbanken der Geheimdienste
- D) Die automatische Kontrolle der Vorstrafen durch die Polizei

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das Identifizierungs- und Registrierungsverfahren ist die Voraussetzung für den Zugang zum SIC-System. Die anderen Antworten beziehen sich zwar auf digitale und polizeiliche Instrumente, sind aber in Bezug auf die Regelung des SIC-Systems nicht von Belang. Es besteht keine Verbindung zu den Geheimdiensten.

62. Wer ist für die Verwahrung der Originalakten eines Verfahrens zuständig?

- A) Der Richter
- B) Die Kanzlei
- C) Die Staatsanwaltschaft
- D) Das Oberlandesgericht

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Originalakten werden in den zuständigen Kanzleiämtern aufbewahrt.

63. Welchem Dokument muss im Zivilverfahren der Nachweis über die erfolgte Zahlung des Einheitsbeitrags beigelegt werden?

- A) Dem Urteil
- B) Dem in der Kanzlei hinterlegten Schriftstück zur Einleitung des gerichtlichen Verfahrens
- C) Der Prozessvollmacht
- D) Dem Antrag auf Ausstellung von Abschriften

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Einheitsbeitrag ist bei der Hinterlegung des das Verfahren einleitenden Schriftstücks zu zahlen.

64. Wer verfasst – wenn Wahlen abgehalten werden – die Niederschrift über die Öffnung der Umschläge mit den Stimmzetteln?

- A) Der Richter
- B) Der Kanzleibeamte
- C) Der Wahlsprengelvorsitzende
- D) Der Gerichtsvollzieher

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Kanzleibeamte unterstützt den Richter bei den Amtshandlungen und verfasst die diesbezüglichen Niederschriften.

65. In welcher Phase des Strafverfahrens kann der Angeklagte den Antrag auf Verfahrenshilfe auf Staatskosten vorlegen?

- A) Nur während der Vorerhebungen
- B) Nur zu Beginn der Hauptverhandlung
- C) In jeder Phase und Instanz des Verfahrens
- D) Nur in der Phase des Strafvollzugs

Richtige Antwort: C

Erklärung: Laut Art. 75 des Einheitstextes über die Gerichtskosten kann der Angeklagte den Antrag auf Verfahrenshilfe auf Staatskosten in jeder Phase und Instanz des Verfahrens vorlegen. Das gewährleistet das Recht auf Verteidigung in allen Verfahrensphasen, von der Phase der Vorerhebungen bis zum eventuellen Strafvollzug.

66. Welche Kosten werden im Rahmen des Zivilverfahrens NICHT von der Staatskasse vorgestreckt, sondern auf Schuld vorgemerkt, wenn die Partei zur Verfahrenshilfe auf Staatskosten zugelassen wird?

- A) Die Honorare des Verteidigers
- B) Die Stempelgebühr
- C) Die Reisekosten der Zeugen
- D) Die Kosten für die gesetzliche Bekanntmachung der Verfügungen

Richtige Antwort: B

Erklärung: Auf Schuld vorgemerkt werden die Kosten, bei denen sich der Staat die spätere Eintreibung vorbehält; sie umfassen u. a. den Einheitsbeitrag, die Kopiergebühren und eben auch die Stempelsteuer im Verfahren vor dem Rechnungshof. Von der Staatskasse vorgestreckt werden hingegen die unmittelbar vom Staat bestrittenen Kosten wie z. B. die Reisekosten, die Honorare des Verteidigers und die Kosten für die gesetzliche Bekanntmachung.

67. Welches Dokument kann im telematischen Zivilprozess NICHT in Papierform hinterlegt werden (außer wenn ausdrücklich bewilligt)?

- A) Die Klageschrift
- B) Die Prozessvollmacht
- C) Das Verhandlungsprotokoll
- D) Der Schlusschriftsatz

Richtige Antwort: D

Erklärung: Schlusschriftsätze müssen ausschließlich telematisch hinterlegt werden. Die Hinterlegung in Papierform ist nicht zugelassen.

68. An welche Person/Stelle muss im Strafprozess die Abschrift des Urteils für den inhaftierten Angeklagten zugestellt werden?

- A) An das gewählte Domizil
- B) An den Verteidiger
- C) An die Strafanstalt, in der der Angeklagte inhaftiert ist
- D) An das Strafregisteramt

Richtige Antwort: C

Erklärung: Die Zustellung erfolgt am Ort der Inhaftierung.

69. Wann ist die Beglaubigung der Unterschrift nicht zugelassen?

- A) Wenn das Dokument in einer Fremdsprache ohne Übersetzung abgefasst ist.
- B) Wenn die Unterschrift in Anwesenheit des beauftragten Beamten geleistet wird.
- C) Wenn das Dokument in italienischer Sprache abgefasst ist.
- D) Wenn die Unterschrift auf einer Vollmacht für das Abheben der Rente angebracht werden soll.

Richtige Antwort: A

Erklärung: Die Beglaubigung der Unterschrift ist nur für Dokumente möglich, die in italienischer Sprache abgefasst sind, es sei denn, dass dem fremdsprachigen Text die Übersetzung ins Italienische beiliegt. Das soll eine bewusste Überprüfung seitens des Beamten gewährleisten.

70. Wer ist für die Mitteilung eines gerichtlichen Beschlusses an die Parteien zuständig?

- A) Der Gerichtsvollzieher
- B) Die Kanzlei
- C) Das Justizministerium
- D) Der Rechtsanwalt der Partei

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Mitteilung der gerichtlichen Verfügungen obliegt der Kanzlei.

71. Was ist im Zivilverfahren mit der Eintragung ins Allgemeine Register verbunden?

- A) Die Zuweisung einer Registernummer
- B) Die automatische Anberaumung einer Verhandlung
- C) Der Erlass einer Sicherungsverfügung
- D) Die Anlegung der Akte der Staatsanwaltschaft

Richtige Antwort: A

Erklärung: Mit der Eintragung ins Allgemeine Register wird dem Verfahren eine Registernummer zugewiesen.

72. Wer stellt die Bescheinigung über die Rechtskräftigkeit eines Strafurteils aus?

- A) Der Richter
- B) Die Strafkanzlei
- C) Das Sekretariat der Staatsanwaltschaft
- D) Das Justizministerium

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Kanzlei bescheinigt die Rechtskräftigkeit eines Urteils.

73. Was ist mit dem Begriff Überführungsstück gemeint?

- A) Waffen
- B) Beschlagnahmte Schiffe
- C) Drogen
- D) Alle Sachen, mit denen die strafbare Handlung verübt wurde oder die der Gewinn oder der Preis der strafbaren Handlung sind

Richtige Antwort: D

Erklärung: Als Überführungsstücke gelten alle Sachen, mit denen die strafbare Handlung verübt wurde (z. B. Waffen, Einbruchwerkzeug usw.), sowie alle Sachen, die der Gewinn (z. B. Geld oder Diebstahlsgut) oder der Preis (z. B. Belohnung für den Transport von Waffen oder Schmuggelware) der strafbaren Handlung sind.

74. Wer übermittelt die Akten an das Oberlandesgericht im Falle einer Anfechtung?

- A) Der Richter
- B) Die Kanzlei des Gerichts
- C) Die Staatsanwaltschaft
- D) Der Rechtsanwalt

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Kanzlei des erstinstanzlichen Gerichts übermittelt die Akten an das Berufungsgericht.

75. Wann werden Abschriften von der Kanzlei gebührenfrei ausgestellt?

- A) Immer
- B) Nie
- C) In den im Gesetz vorgesehenen Fällen (z. B. bei Verfahrenshilfe auf Staatskosten)
- D) Nur bei Zivilverfahren

Richtige Antwort: C

Erklärung: Gebührenfreie Abschriften werden nur in den gesetzlich vorgesehenen Fällen, z. B. im Falle der Verfahrenshilfe auf Staatskosten, ausgestellt.

76. Welcher Prozessakt wird ins Vollstreckungsregister eingetragen?

- A) Der Strafbefehl
- B) Die Pfändung bei Dritten
- C) Der Schlussurteilsatz
- D) Das Urteil auf Freispruch

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das Vollstreckungsregister erfasst die Akte betreffend die Vollstreckungsverfahren.

77. Worin liegt einer der Hauptzwecke der Einrichtung des Einheitsfonds der Justiz (FUG)?

- A) In der Förderung der Schlichtung zwischen den Parteien in den Zivilverfahren
- B) In der zentralen Verwaltung und Erfassung beschlagnahmter oder eingezogener Gelder oder Wertpapiere
- C) In der Verteilung von Geldmitteln an die anspruchsberechtigten Bürger vor Erlass der Urteils
- D) In der Gutschreibung der Erträge aus gerichtlichen Auktionen an die betroffenen Gemeinden

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Einheitsfond der Justiz (FUG) wurde zu dem Zwecke eingerichtet, die kritischen Aspekte des früheren Systems zu überwinden und die zentrale, effiziente und effektive Verwaltung der im Rahmen der Gerichtsverfahren beschlagnahmten oder eingezogenen Ressourcen zu gewährleisten.

78. Wer ist im Strafprozess für die Verwahrung der Hauptverhandlungsprotokolle zuständig?

- A) Der Richter
- B) Die Strafkanzlei
- C) Der Verteidiger
- D) Die Staatsanwaltschaft

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Strafkanzlei ist für die Verwahrung der Protokolle und der Akten der Hauptverhandlung zuständig.

79. Wer führt das Register der Konkursverfahren?

- A) Der beauftragte Richter
- B) Die Kanzlei für Konkursverfahren (SIECIC)
- C) Die Staatsanwaltschaft
- D) Die Staatsadvokatur

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Kanzlei für Konkursverfahren führt mittels SIECIC die digitalen Register der Konkursverfahren.

80. Welche der nachstehenden Aussagen trifft auf die Papierregister zu?

- A) Sie können auch ohne Sichtvermerk verwendet werden, wenn sie alphabetische Verzeichnisse enthalten.
- B) Sie können Leerstellen enthalten, sofern diese später beschriftet werden.
- C) Sie müssen vor Gebrauch auf jeder Blatthälfte nummeriert und mit dem Sichtvermerk versehen werden.
- D) Sie können mittels Durchstreichen mit Schreibstift ohne spezifischen Vermerk berichtigt werden.

Richtige Antwort: C

Erklärung: Gemäß den allgemeinen Regeln müssen Papierregister auf jeder Blatthälfte nummeriert und mit dem Sichtvermerk versehen sein und auf der letzten Seite die Gesamtzahl der Blätter und die Unterschrift des Beamten anführen.

81. Wie werden die Zustellungen nach der ersten Zustellung durchgeführt, wenn der Angeklagte kein gültiges Domizil gewählt oder erklärt hat?

- A) Durch Anschlag des Schriftstücks in der Kanzlei
- B) Durch Aushändigung an den vom Angeklagten ernannten Verteidiger oder an den Amtsverteidiger
- C) Mittels Postzustellung an jede bekannte Anschrift
- D) Durch Hinterlegung auf der Website des Justizministeriums

Richtige Antwort: B

Erklärung: Laut Art. 161 Abs. 4 der StPO werden die Zustellungen nach der ersten Zustellung (sofern sie nicht einen Akt zur Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens betreffen) durch Aushändigung an den Verteidiger durchgeführt, wenn kein gültiges Domizil mitgeteilt wurde – es sei denn, dieses konnte aus Zufall oder wegen höherer Gewalt nicht mitgeteilt werden. Die anderen Antworten beziehen sich auf Sonderfälle oder auf die im Art. 155 StPO vorgesehene Ersatzbekanntmachung.

82. Wer ist aufgrund der Reform laut GvD Nr. 240/2006 für die Verwaltung des Verwaltungspersonals verantwortlich?

- A) Der Gerichtsleiter
- B) Der Verwaltungsleiter
- C) Der Generaldirektor des Ministeriums
- D) Der Präsident des Gerichts

Richtige Antwort: B

Für die Verwaltung des Verwaltungspersonals ist der Verwaltungsleiter aufgrund des Art. 1 Abs. 2 der Verordnung zur Ausführung der StPO.

83. Welches Dokument muss dem Antrag auf Ausstellung beglaubigter Abschriften beigelegt werden?

- A) Die notarielle Vollmacht
- B) Die Quittung über die Zahlung der Schreibgebühren
- C) Die meldeamtliche Bescheinigung
- D) Das Urteil

Richtige Antwort: B

Begläubigte Abschriften werden gegen Zahlung der entsprechenden Gebühren – vorbehaltlich der im Gesetz vorgesehenen Kostenfreistellung – ausgestellt.

84. Was ist der Hauptunterschied zwischen Verfahrenshandlung und Prozesshandlung im Strafverfahren?

- A) Ersterer wird vom Richter, Letzterer vom Staatsanwalt verfasst.
- B) Ersterer wird in der Prozessphase, Letzterer in der Ermittlungsphase vorgenommen.
- C) Ersterer wird in der Ermittlungsphase, Letzterer in der Prozessphase vorgenommen.
- D) Die Begriffe sind synonym und können unterschiedslos verwendet werden.

Richtige Antwort: C

Die Verfahrenshandlungen werden während des Strafverfahrens vorgenommen (z. B. Ermittlungen, Vorverhandlung), während die Prozesshandlungen im Rahmen des eigentlichen Prozesses (Hauptverhandlung) vorgenommen werden.

85. Die von der Kanzlei ausgestellte Unauffindbarkeitsbescheinigung bestätigt, dass...

- A) eine Person keine Steuerschulden hat
- B) der Adressat einer Zustellung nicht auffindbar war
- C) keine Rechtsstreitigkeit vorliegt
- D) ein Urteil nicht hinterlegt wurde

Richtige Antwort: B

Erklärung: Eine Unauffindbarkeitsbescheinigung wird ausgestellt, wenn eine Person zur Durchführung einer Zustellung nicht aufgefunden werden kann.

86. Wozu dient das Register der Gerichtskosten?

- A) Zur Anmerkung der Kosten zu Lasten der Parteien und des Staates
- B) Zur Verwahrung der gerichtlichen Verfügungen
- C) Zur Verwahrung der Akte zur Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens
- D) Zur Anmerkung der an die Amtssachverständigen erteilten Aufträge

Richtige Antwort: A

Erklärung: Das Register dient zur buchhalterischen Erfassung der Gerichtskosten und wird von der Kanzlei geführt.

87. Wann stellt die Kanzlei die Bescheinigung über die Rechtskräftigkeit aus?

- A) Wenn ein Akt hinterlegt wurde
- B) Wenn ein Urteil nicht mehr angefochten werden kann
- C) Wenn eine Rechtsstreitigkeit vertagt wurde
- D) Wenn ein Mahndekret erlassen wird

Richtige Antwort: B

Erklärung: Durch die Bescheinigung über die Rechtskräftigkeit eines Urteils wird bestätigt, dass dieses endgültig ist und nicht mehr angefochten werden kann.

88. Wer verwahrt im Strafprozess die Akte der Hauptverhandlung?

- A) Die Strafkanzlei
- B) Das Sekretariat der Staatsanwaltschaft
- C) Der Richter
- D) Der Verteidiger

Richtige Antwort: A

Erklärung: Die Kanzlei verwahrt die Akte der Hauptverhandlung mit den dazugehörigen Schriftstücken und Protokollen.

89. Eine von der Kanzlei ausgestellte bestätigte Abschrift einer Verfahrensschrift

- A) hat dieselbe Gültigkeit wie das Original
- B) gilt als Entwurf
- C) gilt als Privatnotiz
- D) gilt als informeller Auszug

Richtige Antwort: A

Erklärung: Die von der Kanzlei ausgestellte bestätigte Abschrift hat dieselbe Gültigkeit wie das Original.

90. Was passiert, wenn ein durch die Post zugestelltes Poststück nicht binnen zehn Tagen abgeholt wird?

- A) Das Schriftstück wird vernichtet.
- B) Die Zustellung gilt auf jeden Fall als erfolgt.
- C) Es wird eine neue Zustellung auf Kosten des Absenders vorgenommen.
- D) Die Frist läuft ab dem Datum des Einschreibens.

Richtige Antwort: B

Erklärung: Nach Ablauf von zehn Tagen ab dem Versanddatum des Einschreibens, mit dem der Adressat über die Hinterlegung des Poststücks benachrichtigt wird, gilt die Zustellung laut Postregelung auf jeden Fall als erfolgt, auch wenn der Adressat das Poststück nicht abgeholt hat. Man spricht dabei von „erfolgte Hinterlegung“.

91. Welche ist die wichtigste Zustellungsmodalität nach der Cartabia-Reform?

- A) Die persönliche Übergabe durch den Kanzleibeamten
- B) Die Zustellung mittels zertifizierter E-Mail
- C) Die Zustellung mittels Vorlesen während der Verhandlung
- D) Die Zustellung durch den Gerichtsvollzieher

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das GvD Nr. 150/2022 hat die grundsätzliche Regel der telematischen Zustellung eingeführt, wobei die zertifizierte elektronische Post (PEC) als vorrangiges Zustellungskanal gilt. Die anderen Modalitäten, wie die persönliche Übergabe oder die Zustellung durch den Gerichtsvollzieher, sind zweitrangig und nur in den Fällen zugelassen, in denen die telematische Zustellung nicht möglich ist.

92. Wann gilt im telematischen Zivilprozess die Hinterlegung eines Schriftstücks als erfolgt?

- A) Wenn die Bestätigung über die Annahme der zertifizierten E-Mail eintrifft
- B) Wenn die Bestätigung über die Zustellung der zertifizierten E-Mail eintrifft
- C) Wenn das Schriftstück versendet wird
- D) Nur mit der Ermächtigung seitens des Gerichts

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Hinterlegung gilt mit der Bestätigung über die Zustellung des Schriftstücks an das zertifizierte elektronische Postfach der Domain „giustiziacert.it“ als erfolgt.

93. Wer führt das Register der streitigen Zivilverfahren?

- A) Der Instruktionsrichter
- B) Die Zivilkanzlei
- C) Das Justizministerium
- D) Die Staatsadvokatur

Richtige Antwort: B

Erklärung: Für die Führung der Register der Zivilstreitigkeiten ist die Kanzlei zuständig.

94. Die von der Kanzlei ausgestellten einfachen Abschriften...

- A) haben dieselbe rechtliche Gültigkeit wie das Original.
- B) haben keine rechtliche Gültigkeit.
- C) können nur für interne Zwecke bzw. für Informationszwecke verwendet werden.
- D) ersetzen die vollstreckbare Abschrift.

Richtige Antwort: C

Erklärung: Einfache Abschriften können lediglich für Informationszwecke verwendet werden.

95. Wer verfasst im Strafprozess das Protokoll über die Vernehmung des Angeklagten?

- A) Der Richter
- B) Der Kanzleibeamte
- C) Der Gerichtsvollzieher
- D) Der Verteidiger

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Kanzleibeamte verfasst die Protokolle unter der Leitung des Richters oder des Staatsanwalts.

96. Wann beginnt laut Art. 330 StPO das Strafverfahren?

- A) Wenn der Richter das Dekret auf Einleitung des Hauptverfahrens erlässt
- B) Wenn die Gerichtspolizei die Ermittlungen abgeschlossen hat
- C) Wenn die Staatsanwaltschaft die Nachricht über eine strafbare Handlung aufnimmt
- D) Wenn die Mitteilung zur Interessenwahrung zugestellt wird

Richtige Antwort: C

Erklärung: Laut Art. 330 StPO beginnt das Strafverfahren mit der Aufnahme der Nachricht über die strafbare Handlung seitens der Staatsanwaltschaft oder der Gerichtspolizei.

97. Wer hat Zugang zur Prozessakte und ist befugt, frei und ohne Ermächtigung durch das Gericht darin einzusehen?

- A) Jede Person, die ein rechtliches Interesse daran hat
- B) Die Prozessparteien und ihre ernannten Verteidiger
- C) Die Staatsanwaltschaft in jedem Verfahren
- D) Die Gerichtsvollzieher des Amtes für Zustellungen, Vollstreckungen und Proteste

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Zugang zur Prozessakte ist ausschließlich den Parteien und ihren ernannten Verteidigern gestattet. Dritte müssen vom Gericht hierzu ermächtigt werden. Die anderen Personen und Behörden, die keinen entsprechenden Rechtstitel haben bzw. nicht ausdrücklich ermächtigt wurden, haben keinen freien Zugang zur Prozessakte

98. Was ist im Strafregisterauszug enthalten?

- A) Alle gezahlten Geldstrafen
- B) Die endgültigen strafrechtlichen Verurteilungen
- C) Die im Allgemeinen Register eingetragenen Zivilverfahren
- D) Die von den Parteien hinterlegten Schriftstücke

Richtige Antwort: B

Erklärung: Im Strafregisterauszug werden die gegen eine Person erfolgten endgültigen Verurteilungen angeführt.

99. Wer kann im Rahmen der sog. „Doppelführung“ im Falle der vorübergehenden Abwesenheit des Verwaltungsleiters dessen Vertretung übernehmen?

- A) Der älteste Höhere Beamte für Rechtspflege
- B) Der Direktor gemäß den erhaltenen Anweisungen
- C) Der Gerichtsleiter
- D) Ein eigens hierfür ernannter Assistent

Richtige Antwort: B

Erklärung: Im Falle der vorübergehenden Abwesenheit des Verwaltungsleiters kann der Direktor gemäß den erhaltenen Anweisungen dessen Vertretung übernehmen. Nur wenn die Direktorenstelle unbesetzt ist und keine andere Möglichkeit besteht, wird die Vertretung vom Gerichtsleiter übernommen.

100. Wer ist für die interne Organisation der Kanzlei verantwortlich?

- A) Der vorsitzende Richter
- B) Der Verwaltungsleiter
- C) Die Staatsanwaltschaft
- D) Das Justizministerium

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Verwaltungsleiter ist verantwortlich für die interne Führung und die Koordinierung des Kanzleipersonals.